



Bildungschancen so gut wie nie zuvor

Bildungschancen so gut wie nie zuvor
Deutschland hat die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa
Der DGB hat eine Studie vorgestellt, nach der 2,2 Mio. junge Menschen in Deutschland ohne Ausbildung seien. Damit werde das Ziel, die Zahl der jungen Menschen ohne Abschluss bis 2015 zu halbieren, verfehlt. Der DGB spricht von der "Generation abgehängt". Hierzu erklärt der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Rupprecht: "Deutschland hat zurzeit die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa und der DGB spricht von "Generation abgehängt". Nachdem die Mär von der "Generation Praktikum" inzwischen durch ungezählte Studien widerlegt ist, braucht der DGB offenbar nun eine neue Schimäre, um sein negatives Weltbild zu stützen. Bezeichnend ist dabei die Einfallslosigkeit bei der Wahl der neuen Parole. Tatsächlich waren die Bildungschancen nie besser als heute. Die Schulabbrecherquote war nie niedriger, die Zahl der Studienberechtigten und Hochschulabsolventen nie höher. Fast 30.000 Lehrstellen blieben 2011 unbesetzt und die Zahl der Altbewerber ist seit 2005 um rd. 40 Prozent gesunken. Die Quote der Ungelernten fällt von Altersgruppe zu Altersgruppe. Nie wurde mehr Geld für die Bildung ausgegeben und nie war das Bildungsniveau der jungen Generation in Deutschland höher. Nie waren wir mehr Bildungsrepublik als heute!"
Hintergrund: Der DGB bezieht sich auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes, wonach die Zahl der 20-34jährigen ohne Berufsabschluss 2009 bei 2,2 Millionen lag. Die Zahl ist zwar korrekt. Zu berücksichtigen ist aber, dass sie 2005 immerhin noch bei 2,4 Millionen lag. Außerdem waren die Quoten bei Betrachtung der jüngeren Altersgruppen (20-29 sowie 20-24) schon 2009 rückläufig, so dass die Zahl der 20-34jährigen ohne Berufsabschluss heute deutlich niedriger sein dürfte. Schließlich ist zu beachten, dass von den 2,2 Millionen jungen Menschen ohne Berufsabschluss immerhin 1,8 Mio. über einen Schulabschluss verfügten, 800.000 davon sogar über eine Studienberechtigung.
Kontakt: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030/227-52267
Telefax: 030/227-56115
Mail: fraktion@cducsu.de
URL: <http://www.cducsu.de>

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.